



Interviews

Datum: 22. Dezember 2023

Rasmus Andresen, Grüne, MdEP, Sprecher der deutschen Gruppe in der Fraktion Die Grünen EFA, im Gespräch mit Christoph Heinemann

Christoph Heinemann: Einigung vor Weihnachten. Das Europäische Parlament, die EU-Kommission und der Rat haben sich auf ein gemeinsames europäisches Asylsystem, kurz GEAS geeinigt. Wichtigster Punkt: Asylverfahren sollen künftig an der EU-Außengrenze durchgeführt werden können. Dafür sollen Asylzentren errichtet werden. Personen aus relativ sicheren Ländern sollen dort bis zu zwölf Wochen untergebracht werden. An dieser Einrichtung entzündet sich Kritik unter Verweis auf möglicherweise haftähnliche Bedingungen. Ausnahmen für Minderjährige oder für Familien mit Kindern gibt es nicht; diese hatte die Bundesregierung gefordert. Berlin wollte auch verhindern, dass bei einem besonders starken Anstieg der Migration von Standard-Asylverfahren abgewichen werden kann – vergeblich. Stattdessen kann der Zeitraum verlängert werden, in dem Menschen unter haftähnlichen Bedingungen festgehalten werden können.

Am Telefon ist Rasmus Andresen, Bündnis 90/Die Grünen, Abgeordneter des Europäischen Parlaments, dort Sprecher der deutschen Gruppe in der Fraktion Die Grünen EFA. Guten Morgen.

Rasmus Andresen: Guten Morgen, Herr Heinemann.

Heinemann: Herr Andresen, die Suche nach Freiheit oder nach einem besseren Leben beginnt für viele Migrantinnen und Migranten künftig in einer Art Knast. Was ist daran grün?

Andresen: Ich glaube, dass daran wenig grün ist, aber vor allem darunter nicht nur die Menschen leiden, die zukünftig drohen, inhaftiert zu werden, unter anderem auch Familien mit Kindern, sondern dass daran auch ein Stück weit die Europäische Union leidet, denn wir sind ein Kontinent, wir sind ein politischer Zusammenschluss an Mitgliedsstaaten, der sich auch über humanitäre Werte definiert. Deshalb glaube ich, dass die Nachricht, die von der Einigung ausgeht, eine schlechte ist, und wir befürchten vor allem aber auch, dass sie nicht dazu beitragen wird, zu mehr Ordnung im Asylsystem in der Europäischen Union zu führen.

Heinemann: Warum hat die Bundesregierung, der die Grünen angehören, zugestimmt?

Andresen: Ich glaube, dass wir da sehr geeint sind und in der Analyse über das, was gut, und das, was schlecht ist in dieser Reform, eine Meinung haben auch mit unseren Kolleg*innen in Berlin, aber dass die Rollen zum einen sehr, sehr unterschiedlich sind und dass auch der Druck in diesen Wochen sehr, sehr groß ist, auf europäischer Ebene Einigungen hinzubekommen. Deshalb glaube ich, dass wir am Schluss ein bisschen zu unterschiedlichen Bewertungen kommen, aber für weitere Fragen an die Bundesregierung fragen Sie doch am besten die deutsche Bundesregierung.

Heinemann: Mit anderen Worten: Die Grünen haben eine Kröte geschluckt?

Andresen: Nein, das würde ich so nicht sehen. Ich glaube, dass wir ein gemeinsames Interesse daran haben, ein faires Asylsystem hinzubekommen, was Humanität und Ordnung miteinander verbindet, und ich glaube, dass wir dafür in Brüssel, wie aber auch in Berlin in den letzten Wochen und Monaten sehr, sehr hart gearbeitet haben. Das ist unsere gemeinsame Zielsetzung gewesen. Wir im Europäischen Parlament sind jetzt aber zu dem Entschluss gekommen, dass wir befürchten, dass das mit dem Kompromiss, der auf dem Tisch liegt, nicht möglich sein wird.

Heinemann: Kurz noch mal zur Erklärung. Haftähnliche Bedingung – wo ist da die Humanität?

Andresen: Aus unserer Perspektive fehlt dort die Humanität und wir glauben, dass es ein Schritt zu weit ist, Familien mit Kindern zu inhaftieren. Deshalb haben wir uns in den letzten Monaten ja sowohl in Berlin wie in Brüssel auch dafür eingesetzt, dass es in dem Bereich Ausnahmen gibt. Es konnte leider nicht erzielt werden, weil die politische Debatte in sehr, sehr vielen EU-Staaten sich so polemisiert hat, dass wir nicht mal mehr eine Mehrheit auf europäischer Ebene für diesen humanitären Anspruch erreichen konnten, und das ist wirklich bitter für die Menschen, aber auch für Europa insgesamt.

Heinemann: Herr Andresen, was passiert künftig mit Personen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, die dann in diesen Asylzentren sind, deren Herkunftsland aber die Rückkehr verweigert?

Andresen: Na ja. Die werden dann wahrscheinlich über eine sehr viel längere Zeit noch festgesetzt werden und das wird vor allem auch dazu führen, dass die Außengrenzen-Staaten

weiter sehr, sehr stark belastet sein werden und dass wir nicht nur aus humanitären Ansprüchen Zweifel an dieser Reform haben, sondern auch die Solidarität innerhalb der Europäischen Union sich sehr negativ entwickeln wird und wir wahrscheinlich in einer Situation landen werden, die den Außengrenzen-Staaten die Hauptverantwortung für unser Asylsystem weiter zuschreiben wird. Das haben wir vor ein paar Jahren schon mal erlebt und da haben wir dann erlebt, dass dadurch dann auch so Massenlager wie in Moria entstanden sind, und ich glaube, dass wir diese Bilder alle noch in schlechter Erinnerung haben.

Heinemann: Herr Andresen, aber das Kernproblem, wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist ja gar nicht gelöst, wenn Rückführungen an den Herkunftsländern scheitern.

Andresen: Genau! Das Kernproblem ist aus unserer Perspektive durch die Reform nicht gelöst. Jetzt muss man eins sagen: Aufgrund des politischen Drucks, vor Weihnachten noch eine Einigung hinzubekommen, sind sehr, sehr viele tausend Seiten Gesetzestext im Eilverfahren durchgepeitscht worden. Man wird jetzt auch noch mal in den Details alle Bestimmungen in den nächsten Wochen prüfen müssen, bevor wir im Februar oder März im EU-Parlament über diese Fragen abstimmen werden. Aber aus unserer Sicht ist genau das richtig: Die Reform geht am Kern der Herausforderungen ein Stück weit auch vorbei.

Heinemann: Die andere Frage: Was passiert mit Personen, die künftig irregulär nach Deutschland einreisen, so wie bisher?

Andresen: Dafür hat die Reform im Kern keine Antwort. Das sind dann auch Fragen, die zum Teil durch Bundesgesetzgebung geregelt werden müssen. Das was die jetzige Asylreform regelt ist, vor allem gemeinsame Grenzverfahren zu schaffen für Menschen an den Außengrenzen, die eine niedrige Anerkennungsquote haben. Viele andere Fragen bleiben weiter offen.

Heinemann: Wir sprechen jetzt seit, ich glaube, über vier Minuten nur über Negatives. Was ist denn eigentlich positiv an diesem Asylkompromiss?

Andresen: Ich will anerkennen, dass die Hoffnung in der Reform besteht, dass es einen sogenannten Solidaritätsmechanismus geben soll, der den Einstieg in eine fairere Verteilung von Geflüchteten in der Europäischen Union bedeuten kann. Ob es wirklich dazu kommt und ob sich dann auch alle Mitgliedsstaaten dazu durchringen können, sich daran zu beteiligen, das wird die Zeit zeigen. Aber die Hoffnung ist – und das ist viel mehr als nichts -, dass wir

zu einer faireren Verteilung von Geflüchteten kommen und dass zumindest die Mitgliedsstaaten, die sich bisher an einer fairen Verteilung nicht beteiligen, dann über einen Betrag sich an der Finanzierung des Asylsystems stärker beteiligen als jetzt.

Heinemann: Herr Andresen, wenn ich Ihre Bewertung mal zusammenfasse, dann sind die Tatsachen, über die wir bisher gesprochen haben, samt und sonders negativ, und das einzig Positive ist die Hoffnung, die Sie haben. Wie kann man einem solchen Kompromiss dann zustimmen?

Andresen: Wir sind im Europäischen Parlament noch nicht an der Stelle zu sagen, dass wir diesem Kompromiss zustimmen. Wir werden das sehr gewissenhaft prüfen. Wir haben vor allem sehr große Bedenken, was die Wirksamkeit der Reform angeht und auch aufgrund der massiven Grundrechtseinschränkungen, beispielsweise durch die Inhaftierung von Familien mit Kindern. Deshalb glaube ich, dass wir Grüne im Europäischen Parlament zumindest dem Teil der Reform, wo wir Grundrechtseinschränkungen in unser Asylsystem aufnehmen, die Zustimmung verweigern werden im Parlament, und es wird sicherlich andere Teile der Reform geben, denen wir dann auch zustimmen, denn es wird nicht eine Abstimmung geben, sondern mehrere, und das ermöglicht uns dann ja auch, je nach Vorschlag uns etwas unterschiedlich dazu zu verhalten.

Heinemann: Ist die Ära „wir schaffen das“ mit diesem neuen gemeinsamen europäischen Asylsystem endgültig beendet?

Andresen: Das glaube ich nicht, denn ich erlebe vor Ort weiterhin, dass sich sehr, sehr viele Menschen auch für eine humanitäre Asylpolitik einsetzen. Ich erlebe nach wie vor, dass auch Kirchen wie Zivilgesellschaft sich sehr kritisch zu Grundrechtseinschränkungen für Menschen auf der Flucht verhalten. Aber natürlich ist die Lage kompliziert geworden und auch die politische Stimmung, und das hat einen sehr großen Effekt auf die aktuellen Entscheidungen.

Heinemann: Das heißt konkret die Angst vor der AfD, oder was?

Andresen: Ich habe keine Angst vor der AfD, aber natürlich hat sich durch den steigenden Rechtspopulismus in vielen europäischen Ländern, auch durch die Wahl von Herrn Wilders in den Niederlanden oder durch die Wahl von Frau Meloni in Italien, die Stimmung und auch die Zusammensetzung, die politische Zusammensetzung so sehr verändert, dass wir gerade

vor einer großen Herausforderung für eine menschenrechtsbasierte Asylpolitik auch auf europäischer Ebene stehen.

Heinemann: Herr Andresen, die Grünen haben sich gegen stationäre Grenzkontrollen gewehrt. Wie bewerten Sie die rückläufigen Zuwanderungszahlen seit deren Einführung?

Andresen: Wir Grüne glauben vor allem, dass stationäre Grenzkontrollen eine Einschränkung für sehr, sehr viele Menschen bei uns in der Europäischen Union sind. Ich komme aus dem deutsch-dänischen Grenzland, befinde mich da auch aktuell. Wir haben seit 2016, weil die dänische Regierung eine der ersten Regierungen war, die Grenzkontrollen eingeführt hat an unserer gemeinsamen Grenze, die Situation, dass sich das grenzüberschreitende Zusammenleben sehr, sehr stark verschlechtert hat und dass vor allem hier inzwischen sehr viele Pendler und Unternehmen diese Grenzkontrollen kritisieren, weil sie sagen, dass die Einschränkungen in ihrem persönlichen Leben so groß sind und negative Konsequenzen haben, dass wir nach wie vor auch glauben, dass ein Europa auch davon lebt, dass Grenzen zwischen Mitgliedsstaaten offen sind und dass es auch ohne Passkontrollen möglich ist, von dem einen Land in das andere zu kommen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.